

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig  
mal Schlüsselzahl des Börsenvereins deutscher Buchhändler zu Salzburg

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 10  
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachamt Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

### Wirtschaftsführer als Retter?

Daß die Politik in der Gewerkschaftsbewegung jetzt eine viel größere Rolle als früher spielt, ist männiglich bekannt. Es gibt kaum noch eine Nummer der Gewerkschaftspresse, die nicht politische Fragen behandelte, und kaum eine gewerkschaftliche Zusammenkunft verläuft ohne politische Aussprache. Diese Wichtigkeit der Politik kommt nicht von ungefähr. Früher nahmen nur die großen Kampfschlachten der Arbeiterpolitik politischen Charakter an, heute ist dies nachgerade bei jeder ihrer Angelegenheiten der Fall. Was hatte einst die Politik mit der Erhaltung der geltenden Arbeitszeit, was mit den Tarifverhandlungen, was mit der Art der Zahlungsmittel, was mit der Festsetzung der Warenpreise, was mit hundert ähnlichen Dingen zu tun? Jetzt sind all diese Dinge aufs engste mit der Politik verknüpft, nein sie sind in sehr hohem Grade, um nicht zu sagen ausschließlich, politische Fragen geworden. Wo zwei zusammen sind, um sich über wirtschaftliche, geschäftliche oder häusliche Angelegenheiten zu unterhalten, beginnen und enden sie mit der Politik. Sie spielt täglich, stündlich, in einem fort in das familiäre, gewerkschaftliche und wirtschaftliche Leben hinein und beeinflußt es in kaum noch steigerungsfähigem Maße.

Der Buchhändler Brigl behauptete, die Politik verderbe den Charakter. Gätte er dreißig Jahre länger gelebt, er wäre zu dem Schluß gekommen, sie verurteile Magenbeschwerden. Denn bei der Betrachtung der Politik, die heute von der deutschen Volksvertretung getrieben wird, überkommt einem eine Gänsehaut. Gerade in der Zeit, wo eine klare, entschlossene, durch einheitlichen Willen getragene und gestärkte Politik im Innern wie nach außen einlaß eine Lebensfrage des deutschen Staates und Volkes ist, vertreibt die Volksvertretung ihre Tage mit ebenso unergötzlichem wie lebensgefährlichem Frochmäuserkrieg. Millionen Arbeitslose schreiben nach Brot und Erwerbsmöglichkeit, die ganze Verbraucherschaft ruft nach erschwinglichen Preisen und ehrlicher Währung, an der Ruhr Leid, Hunger, Verzweiflung ein ganzes Volk, Deutschlands Ansehen und Ansehen geordnete, vertrauenswürdige Verhältnisse. Trotzdem und allem läßt das Parlament, das doch wohl zur Schaffung der nationalen Lebensbedingungen berufen ist, eine Willkürherrschaft sehen, die Hunde heulen machen kann. In der schwersten Zeit deutscher Geschichte kommen wir aus der Regierungskrise nicht mehr heraus, ein Ministerium pröckelt sich unheilvoller als das andere, selbst die stärkste Regierung, die die deutsche Republik je gehabt, ist nach kurzem Dasein wieder verbannt, und seit einer Woche sieht jeder Tag einen andern Kabinettssturz dabei, seine Kunst zu üben.

Nicht daß sich unsere Politikanten über die Frenzlosigkeit des Zustandes, wofür sie die Verantwortung tragen, im Unklaren wären. Wehüte, sie beklagen ihn mit bewegter Stimme, bleie Unvernünftigen, und jeder hat auch ein besonderes Rezept, das Übel zu heilen. Schade nur, daß wenn es zur Anwendung solcher Rezepte kam und kommt, wir bloß tiefer in den Sumpf geraten. Während in der Volksvertretung nach einer neuen Heilmöglichkeit gesucht wird, vermehren sich die Arbeitslosen, steigen die Preise weiter, verwelken wieder die zarten Keime der Jungenei, die jenseits der Grenzen zu sprechen begannen, verknickt das Volk an der Ruhr in völlige Verzweiflung — und macht jene Pamponei fortlaufend ein glänzendes Geschäft, die aus Weltkrieg und Revolution, aus Ruhrkampf und Selbstzerwörung gewaltigen Gewinn zog. Was Wunder, daß die Pamponei empfindet, die Tragödie des deutschen Parlamentarismus zu verlängern, indem sie die Frenzung und Verwirrung der Politikantengruppen vermehrt. In der Öffentlichkeit läßt sie ihre papierernen Subsidien pfeifen, Parlamentarismus und Demokratie seien der Ursprung des Übels; für das deutsche Volk sei nun einmal das parlamentarische Regierungssystem nicht, ihm sei nur mit dem System der kaiserlichen Zeit gedient. Zwischenhinderer rufen sie nach einem Diktator, der allein den trostlosen Zustand beenden und das Volk nach Kanaan führen könne. Und in solchen Sang stimmt der Haufen von Spießbürgern, Literaten und andern politischen Säuglingen ein.

Der Diktator, den die Reaktion wünscht, soll natürlich Unform und Säbel haben. Man prüfe alle Kandidaten, die für den Posten in Frage kommen könnten, ganz vorurteilslos auf ihre politischen Fähigkeiten und bisherigen Leistungen, man wolle keinen finden, der das Zeug zum Retter aus unserer Not besäße. Auf den Hinweis, daß von den Kandidaten noch keiner mehr als den politischen Verstand eines preußischen Feldwebels habe sehen lassen, wird erwidert, der Diktator solle ja auch nur den Säbel, die Gewalt haben, für die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten aber sollten ihm Wirtschaftsführer zur Seite stehen, deren Fähigkeiten durch ihre geschäftlichen Erfolge zweifelsfrei dargetan seien. Mit einem solchen Plan trug sich auch, was im Lärm des Münchner Reichstagsuntergangens untergegangen ist, der bayrische Diktator Kahr. Ingeheim hatte er sich nämlich für kein vaterländisches Rettungswort „das größte wirtschaftliche Genie Deutschlands“ verschütert. Es ist wohl nur der stümpfische Dummheit der faschistischen Heiden zu verdanken, daß wir von dem großen Genie — Einnes ist gemeint! — verschont geblieben sind. Andernfalls wären wir gewahr geworden, was dieses Wirtschaftsgenie, das bekanntlich kein Geld in jedem fremden Lande auslegt und dessen Liebe zum deutschen Vaterland an seiner steuerlichen Opferwilligkeit gemessen werden kann — für sich zu leisten imstande ist, wenn er in einer Regierung mitwirkt.

Daß auch Kreise, die sonst der Reaktion feind sind, Vertrauen zu deren Wirtschaftsführer bekunden, läßt auf arge Gedanken-

losigkeit schließen. Der Diktator in Generalsuniform ist gefährlich durch sein politisches Unvermögen, der große Wirtschaftsführer durch seinen privaten geschäftlichen Sinn. Als vor einigen Monaten der amerikanische Großindustrielle Henry Ford für die Präsidentschaft der Union vorgeschlagen wurde, lehnte er in kluger Bewertung seines Könnens ab. Gut für ihn wie für das Volk. Denn obwohl er als Erfinder, Betriebsorganisator und Wirtschaftsführer seinesgleichen sucht, wäre er selbst beim besten Willen und unbedingtem Gemeinheitsfinn ein vollständiger Fehlschlag gewesen. Dies würde bei unsern deutschen Wirtschaftsführern noch viel sicherer der Fall sein, schon weil sie von dem Gemeinheitsfinn ihres amerikanischen Standeskollegen keinen Deut besitzen.

Die Ursache für die Ungeeignetheit von Männern der Industrie und Finanz für die Staatsleitung ist bald genannt. Ihren Ruh verdanken diese Leute einem höchstentwickelten privatkapitalistischen Sinn, als Triebkraft wirkt bei ihnen der eigene Vorteil. Die Stärke jenes Sinnes und dieser Triebkraft steht in der Regel in geradem Verhältnis zu ihrem Geschäftserfolg. Wo jene fehlen, fehlt auch dieser. Ihr Tun und Denken ist privatwirtschaftlich, kapitalistisch. Für sie sind Menschen, Werkzeuge, Stoffe und Produkte nur Mittel für das Geschäft, für den privaten Gewinn, für die Vergrößerung der eigenen Macht. Als Minister wird sich entweder, was das allerwahrscheinlichste ist, ihr Tun und Sinnen und Trachten weiter in kapitalistischen Bahnen bewegen — oder es wird, was schließlich vorstellbar ist, gemeinnützigen Charakter annehmen, auf das Gesamtwohl des Volkes gerichtet sein. Im ersteren Falle zahlen die Regierten, die Volksgemeinschaft die Kosten, im andern Falle gewinnt diese wenig oder nichts, weil ihnen, den Kapitalisten, nun der Antrieb, die Dinge aus dem Werk mangelst, da die Aussicht auf eigenen Vorteil fehlt. Im ersten Fall bildet der Wirtschaftsführer für die Volksgemeinschaft eine Gefahr, im zweiten eine nutzlose, und beide Ergebnisse werden um so ausgeprägter sein, je größer einst der privatgeschäftliche Erfolg war. Für das Gesagte sind in allen Großstaaten stichhaltige Beweise zu finden, für Deutschland liefern sie die Regierungen Cuno und Stresemann. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß sich die und da ein Wirtschaftsführer findet, der bei seinem Eintritt in eine Regierung seinen kapitalistischen Sinn und Latendrang auf Gemeinnützigkeit umstellt. Doch zu solcher Wandlung, die ein ungeheuer seltenes Maß von heiliger Stärke und Opferwillen heißt, sind nur sehr, sehr wenige Persönlichkeit fähig. Die neueste deutsche Geschichte kennt nur eine einzige, Walter Rathenau, und dieser wurde gerade wegen seiner seltenen, wahrhaft staatsmännischen und patriotischen Eigenschaften von Händen getötet, die von seinen Standesgenossen, eben von den gepriesenen Wirtschaftsführern gedungen waren.

Somit ist die Hoffnung, daß uns von Wirtschaftsführern Heil kommen könne, ganz vergeblich und gefährlich obendrein. Die Lösung kann nur vom Volke oder von seinen freigewählten Vertretern kommen. Aber bei der Betrachtung des schier unendlichen Frochmäuserkrieges in der Volksvertretung werden die Aussichten nicht besser. Das Übel kommt aus derselben Quelle, woraus die Ungeeignetheit der Wirtschaftsführer für die Staatsleitung entspringt, nämlich von der kapitalistischen Weltanschauung. Die Mehrheit des Parlamentes ist in ihrem Wesensinhalt kapitalistisch. Dies trifft auch auf die bürgerlichen demokratischen Parteien, auf das Zentrum und die Demokraten zu, in denen der reaktionäre Flügel mit dem fortschrittlichen unausgeleitet ringt, wobei sich der erstere als der robustere, erfolgreichere erweist, weil er die Geldleute, die die Parteiliste füllen, auf seiner Seite hat. An der kapitalistischen Natur des Zentrums und der Demokraten ändern auch die proletarischen Rüsternaben nichts, die in ihren Reihen stehen. Dies wird wohl noch deutlicher durch die Tatsache, daß sich die letzten Tage der zentrumschriftliche Arbeitervertreter Stegerwald einmal mehr als dienstfertiger Agent und Hoffnungsträger der Deutschnationalen erwies. Jesus wurde von seinem Jünger Judas an die Römer verkauft, unsere christlichen Lebensgenossen mögen aufpassen, daß sie nicht von ihren Vertretern an ihre schlimmsten Feinde verkauft werden. Die bürgerlichen demokratischen Parteien mögen in ihrer Mehrheit gut demokratisch und ehrlich willens sein, die fürchtbare Not zu mildern, in der sich die Republik und ihr arbeitendes Volk befinden; allein wenn es gilt, sich für die richtigen Mittel zu dem Zwecke zu entscheiden, das heißt ergiebige Eingriffe in den kapitalistischen Besitz vorzunehmen, sprechen beide zurüd, hemmen die kapitalistische Seelenverwandtschaft und die Finanzleute in der eigenen Reihe den Entschluß. Die Sozialisten sind allein zu schwach, das Rettungswort zu vollbringen. Die Umfassung der Demokraten und des Zentrums kommt der Reaktion vorzüglich zustatten. Ihrem Geschick in der Zukunft ist es noch sehr ungewiß, ob sie den beiden Seelenverwandten in ihrer Zusammenarbeit mit den Sozialisten mitzutrauen, störrisch, abgeneigt zu machen und sie dadurch für den reaktionären Zweck einzuspinnen. So war es die ganzen Jahre, so ist es heute. Die wertvolle Bevölkerung, die hungernden Arbeitslosen, die gequälten Landleute an der Ruhr tragen mit der Staatskasse die Kosten. Die Beendigung des heillosen Zustandes des Parlamentes wird leider noch solange fortandauern, bis es durch Wahlen anders zusammengesetzt, bis eine klare sozialistische Mehrheit geschaffen ist.

### Das Ruhrgebiet nach dem passiven Widerstand

Nachdem die Regierung am 28. September 1928 den passiven Widerstand aufhob und gleichzeitig ankündigte, daß sie die Lohnsicherung nur noch für eine kurze begrenzte Zeit weiterzahlen wolle, kamen die Gewerkschaften in eine außerordentlich bedrückte Lage. Die Annahme, daß sowohl die Arbeitgeber als auch die französische Besatzungsbehörde so schnell als möglich das Wirtschaftslieben in Gang bringen wollten, war irrig. Die Verhandlungen verzögerten sich und die Folge war eine sich täglich steigende Arbeitslosigkeit. Heute zählen wir von 350 000 beschäftigten Metall- und Süttenarbeitern rund 300 000 Erwerbslose, darunter 10 000 Ruhrarbeiter.

Die Lebensmittelversorgung ist durch die schwierige Verkehrslage außerordentlich schlecht, es herrscht großer Mangel an den wichtigsten Nahrungsmitteln wie Brot und Kartoffeln. Die Schlangen vor den Kaufhäusern werden täglich länger, die Stimmung der hungernden Menschen erbitterter. In den letzten Tagen ist eine Reihe von Plünderungen in verschiedenen Städten erfolgt. Die blaue Polizei hat alle Hände voll zu tun, um diese Plünderungen abzuwehren, und es ist wohl nicht nötig, zu betonen, daß die Gewerkschaften Plünderungen ganz entschieden verurteilen. Aber in der Verzweiflung greift der Mensch schließlich zu einem Mittel, das kein vernünftiger Mensch gutheißen kann. Gewiß mischen sich in die Menge der Erwerbslosen auch Verbrecher, um die Stimmung für sich auszunutzen, jedoch soll man sich wohlweislich hüten, alle, die an solchen Ausschreitungen teilgenommen haben, als Verbrecher zu bezeichnen. Es sind verzweifelte Familienväter, die die unerträgliche Not um Frau und Kinder zum Außersten treibt.

Die Lohnsätze für die noch in Arbeit stehenden Kollegen waren und sind entsprechend der Teuerung zu niedrig. Forderungen unterseits an die Arbeitgeber waren fruchtlos.

Die Gewerkschaften indesamt setzten sich als vornehmstes Ziel die Betriebe wieder in Gang zu bringen, und zwar so schnell als möglich. Die Arbeitgeber dagegen schritten zu Massenkündigungen im Bergbau und erklärten der Arbeiterschaft, daß sie infolge der Verträge mit der Micon (Anfangsbuchstaben von Mission Interallies de Controlle des Usines et des Mines = Interalliierte Kommission für Werks- und Zechenkontrolle) außerstande seien, den Betrieb aufzunehmen. Sie benutzten diese Gelegenheit, der Arbeiterschaft ihre vorliegend gelagerte Lüge. Die Kleinherzhaftigkeit in den Betrieben aufzuklären.

In einer Sitzung am 2. November stellten die Arbeitgeber des Nordwestlichen Gruppe den Antrag, die vorliegende wirtschaftliche Arbeitszeit in den weiterarbeitenden als auch in den Süttenbetrieben durchzuführen, die dreifache Schicht zu besetzen und dafür die Doppelschicht wieder einzuführen, um die Produktion wieder aufnehmen und konkurrenzfähig werden zu können. Weiter wurde die Besetzung der Gleichmacher in den Tarifverträgen und die Vergrößerung der Spanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern gefordert. Die überschüssigen Arbeitskräfte sollen in ein unbefestete Deutschland abgeschoben und dort zu Meliorationsarbeiten verwandt werden. Die Gewerkschaften haben sich indesamt mit aller Schärfe gegen diesen Antrag gewandt und unabweisbar zum Ausdruck gebracht, daß sie grundsätzlich am Vorkündentag festhalten und auch der Besetzung der dreifachen Schicht in den Süttenbetrieben ihre Zustimmung nicht geben können. Gerade um die Verkürzung der Arbeitszeit in den Süttenbetrieben hat die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes gekämpft. Es zeigt sich hier wieder die nackte, rohe Selbstsucht des Arbeitgeberums, das wiederum, wie immer, die Lasten eines verlorenen Krieges und des passiven Widerstandes der Arbeiterschaft aufhauen will. Die faulen Ausreden, es wären keine Mittel vorhanden, stehen im handgreiflichen Widerspruch zu der Betätigung des Großindustriellen (Sittens und Genossen), die täglich neue Betriebe aufkauf und ihre Kongerne erweitert. In der Zeit des passiven Widerstandes und der rasenden Geldentwertung hat die Reichsregierung dem Werken des Industriegebietes gestattet, sich selbst durch Herstellung von Geldscheinen zu helfen. Selbst die krieglich-berühmte Zeitung gibt zu, daß damit Schindluder getrieben wurde. Man hat damit Geldscheine eingetauscht und dafür Devisen gekauft, und so mit diesen falschen Münzen wertbeisändige Anlagen erworben.

Das Arbeitgeberum soll sich nicht täuschen. Die Arbeiterschaft wird die ihr von der Revolution verbliebene letzte Ertragsmöglichkeit, den Vorkündentag, mit aller Kraft verteidigen, wobei sie sich sicherlich auf die Solidarität der übrigen organisierten deutschen Arbeiterschaft verlassen kann.

In der Zeit der ungeheuren Not im Ruhrgebiet versuchte die Gesellschaft Dorn-Siemens und Mathes ihre rheinische Republik zu verewickeln. In Duisburg, Düsseldorf und anderen Orten des Bezirkes wird einmündig, man reißt die öffentliche Gewalt an sich. Eins muß dabei festgehalten werden: Wenn einmal später die Geschichte des Ruhrgebietes geschrieben wird, wird die Separatistenbewegung eines der dunkelsten Punkte der französischen und belgischen Außenpolitik sein, die sicherlich nicht zum Ruhm dieser beiden Nationen dienen wird. Wenn auch immer wieder von der französischen Zeitung zum Ausdruck gebracht wird, daß sie die Bewegung nicht stütze, daß sie keinerlei Anerkennung wolle, so ist doch einmündig festzustellen, daß sich dieses Separatistengesindel nur unter dem Schutze der französischen und belgischen Waffen bewegen konnte. Ohnedem hätte beispielsweise in Duisburg ihre Herrschaft noch nicht einen halben Tag gedauert. Man muß auch die Personen, die diese Bewegung in den Händen haben, kennen, zum Beispiel Diez von Düsselberg, ehemaliger Syndikalistensführer, zugezeit Sozialkommissar der neuen Regierung (die noch nicht da ist), wird von keinem eigenen Parteigenossen Bindhoff in einem ausführlichen Protokoll vom 2. April 1923 der Unterzeichnung, der Verkündung, des Vertrags, des Betrugs, des moralischen Versumpfung beschuldigt. Die Anhänger dieser Bewegung sind meistens Leute, die bei jeder Bewegung, wo es etwas zu erben gibt, zu finden sind. Die organisierte Arbeiterschaft rückt ganz mit Recht entschieden von diesem Gesindel ab. Wehe einer Nation, die unter die Herrschaft einer solchen Gesellschaft kommen würde!

Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes hat seit Monaten ungeheure Qualereien und Prüfungen durchzumachen. Die Auswanderung aber geschulter Facharbeiter nimmt täglich zu. Laufende von Felle, n, und es war für die Organisation nicht die schlechtesten, sondern bereits eine neue Heimat, eine Ercheinung, die für die Zukunft der rheinisch-westfälischen Industrie von Bedeutung sein wird. Es ist zu wünschen, daß recht bald geordnete Verhältnisse eintreten, weil die bestehenden Zustände gemürend in jeder Hinsicht wirken.

